



Antrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten II – Kommunen durch gezielte Unterstützungsprogramme von Energiekosten entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Unterstützungsprogramme für Kommunen auf den Weg zu bringen, damit diese die enorm gestiegenen Energiekosten für Sporthallen und andere Sportstätten nicht an Sportvereine und andere gemeinnützige Nutzer weitergeben müssen und es nicht zu außerordentlichen Schließungen von Sportstätten kommt.

Begründung:

Die dunklen Wolken, die inzwischen über den Sport- und Schützenvereinen und dem Breitensport allgemein durch die extrem gestiegenen Energiepreise aufziehen, dürfen nicht ignoriert werden. Insbesondere die besitzenden Vereine (Vereine, denen Sporthalle und/oder Sportstätte selbst gehören) treffen die explodierenden Preise unmittelbar. Aber auch die anderen Vereine sind später mittelbar betroffen, wenn Kommunen bzw. Landkreise, deren Sportstätten sie nutzen, die Gebühren aufgrund fehlender eigener Finanzmittel hochsetzen oder vielleicht sogar im Winter zum Beispiel Sporthallen schließen müssen.

Um dies zu verhindern, muss die Staatsregierung nun deutlich nachsteuern und zusätzliche Unterstützungsprogramme in Ergänzung des Gaspreisdeckels auf Bundesebene auf den Weg bringen. Denn so wichtig es ist, Energie zu sparen, dürfen wir nicht den Fehler machen, dass Sport in den Vereinen für die Menschen finanziell unerschwinglich wird oder unsere Sportstätten sogar geschlossen werden. Die rund 17 000 Sport- und Schützenvereine in Bayern leisten mit ihren ca. 4,9 Mio. Mitgliedern einen riesigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Gesundheits-, Gewalt- und Drogenprävention. Wir müssen alles daran setzen, dass die Rahmenbedingungen zur Sportausübung so sind, dass nicht finanzielle Gründe Mitglieder dazu zwingen, auf ihre Mitgliedschaft in einem Sport- oder Schützenverein verzichten zu müssen.

Der Freistaat ist für die Förderung des Vereins- und Breitensports direkt zuständig und hat daher eine Pflicht zu handeln. Die Staatsregierung ist gefordert, schnellstmöglich ein finanzielles Hilfsprogramm für Kommunen aufzulegen, damit diese nicht die höheren Energiekosten, im Extremfall sogar eins zu eins, an die Vereine weitergeben müssen. Spätestens ab Anfang kommenden Jahres müssen Kommunen daher finanzielle Hilfen des Landes in Anspruch nehmen können. Ansonsten besteht die Gefahr, dass viele Vereine eiskalt erwischt werden und ihre Kosten und Abschläge für Strom und

Gas in kürzester Zeit nicht mehr bezahlen können. Mit einem Dreiklang aus Einsparungen, mehr Eigenmitteleinwerbung und -einsatz und dann auch zusätzlichen staatlichen Hilfen muss die Existenz der Sport- und Schützenvereine gesichert werden.

Die exorbitant gestiegenen Energiepreise sind eine enorme Herausforderung für den organisierten Sport. In Verbindung mit der hohen Inflation allgemein werden die Vereinsmitglieder in allen ihren Lebensbereichen getroffen. Ein einfaches Umlegen der steigenden Energiepreise auf die Mitgliedsbeiträge wird nicht möglich sein. Vorliegende Vereinsbeispiele zeigen im Moment durchschnittlich eine Verdreifachung von Energiekosten. Der Gaspreisdeckel des Bundes wird hier sicher Erleichterungen schaffen, aber die Probleme der Vereine nicht alleine lösen können.

Natürlich muss und wird der Vereinssport selbst seinen Beitrag zur Energieeinsparung und zur Krisenbewältigung leisten. Der organisierte Sport bekennt sich daher auch klar zu einem Einsparziel von 20 Prozent.

Der Antrag setzt auch konsequent einen einstimmigen Beschluss des Bayerischen Sportbeirats um, den dieser am 21.06.2022 nach eingehender Diskussion gefasst hat:

„Der Landessportbeirat empfiehlt der Staatsregierung und dem Landtag aufgrund der stark gestiegenen Energiekosten, die als Belastung für Vereine (unter besonderer Berücksichtigung der „besitzenden Vereine“) zu den schon bestehenden Belastungen aus der Coronapandemie hinzukommen, die Entwicklung genau zu beobachten und gegebenenfalls zeitnah unterstützende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, welche den betroffenen Vereinen helfen.“